

b&k Berichte und Kommentare

2/2015

- **40 Jahre Frauenordination**
- **Kirche und Kapitalismus**
- **Frieden mit dem Islam?**

Arbeitskreis Evangelische Erneuerung



Inhaltsverzeichnis

- 3 Thomas Zeitler Editorial
- 4 Hans-Willi Büttner 40 Jahre Frauenordination
- 7 Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam/ Klaus Rettig
Zwei Generationen von Betroffenen – Ein Interview
- 10 Lutz Taubert: Rette sich, wer kann
Kapitalismus und Protestantismus
- 12 Thomas Bayer: Auf den Weg zum A-Sozialstaat
Zehn Jahre Hartz IV
- 16 Hans-Gerhard Koch: 94 Thesen, die es in sich haben
- 18 Martin Kleineidam: Mit „2052“ unter dem Arm zur Weltausstellung nach Mailand
- 21 Matthias Jena: Solidarität und Selbstbestimmung in der Arbeitswelt – Eine Denkschrift rechtzeitig zum 1. Mai
- 23 Hans-Gerhard Koch: Ein Gespenst geht um – die schwäbische Hausfrau unterwegs im Finanzreferat
- 25 Hans-Martin Gloel: Frieden mit dem Islam?
- 28 Leserbrief
- 29 Lutz Taubert: Aus unserer LT-Klausur
- 30 Adressen, Vorankündigungen, Jahrestagung 2015
- 32 Das Letzte

Liebe Leserinnen und Leser der B&K,
liebe Mitglieder des AEE,

es ist ein heißer Sommer für kritische Christinnen und Christen, ganz unabhängig von den Temperaturen. Denn die Themen, die dem AEE am Herzen liegen, brennen geradezu in der Luft:

die Lage für Flüchtlinge an den europäischen Außengrenzen spitzt sich weiter zu, das Referendum in Irland zur Öffnung der Ehe für Schwule und Lesben hat auch hier die Debatte um eine völlige Gleichstellung neu befeuert, die Öko-Enzyklika von Papst Franziskus wirft den Blick schon voraus auf den großen UN-Klimagipfel im Herbst in Paris, und die Isolation der Basis-Friedensgruppen auf dem Stuttgarter Kirchentag stellt die Frage nach dem Stellenwert einer pazifistisch orientierten Friedensarbeit in der evangelischen Kirche.

Da ist es ermutigend zu sehen, dass kirchenpolitisches Engagement Erfolge vorzeigen kann. Die Einführung der Frauenordination 1975, typischer bayerischer Verspätung, brauchte den Rückenwind von ‚unten‘ und vom AEE! Darauf blicken wir in einem Themenschwerpunkt des Heftes zurück – aber auch nach vorne. In diesem Jahr besteht die vielleicht letzte Chance in Fragen des Klimaschutzes endlich

zu einer wirksamen politischen Einigung zu kommen. Deshalb bilden den Artikel um das Thema ‚Klima‘ einen zweiten Schwerpunkt. Auch andere Gegenwartsfragen kommen nicht zu kurz: Kirchenfinanzen, eine Hartz-IV-Bilanz, die ‚Arbeitnehmerdenkschrift‘ der EKD, der Islam.

Schon jetzt dürfen wir herzlich einladen zur Herbsttagung am 7. November 2015 in Nürnberg. Dort werden wir uns, ausgehend vom Thema Inklusion, auf die Suche machen, wie eine Kirche und Gesellschaft aussehen kann, die achtsam und produktiv mit ihrer Vielfalt und ihren Unterschieden umgeht. Hoffentlich mit Ihnen!

Die Reformation geht weiter, muss weiter gehen, und das radikaler als manche Jubiläumsjubler glauben machen. Der AEE ist dabei.

Ihr/Euer
Thomas Zeitler

Co-Sprecher im Leitenden Team



40 Jahre Frauenordination

Ein Meilenstein für unsere Kirche (und den AEE)

Von Hans-Willi Büttner

Eigentlich tragisch: Da meinen wir, in den 40 Jahren seit dem grundsätzlichen Ja der ELKB zum geistlichen Amt ohne Beschränkung auf's männliche Geschlecht die entscheidenden Hausaufgaben erledigt zu haben. Aber die Kirchen mit Frauen im geistlichen Amt werden noch lange eine klare Minderheit in der weltweiten ökumenischen Familie bleiben. Den einen ist die Gleichberechtigung von Mann und Frau zwingende Folge von Aufklärung, Demokratie und Grundgesetz, aber auch reformatorisch konsequent zu Ende gedachte Heilige Schrift. Andere begründen aus ebendieser Heiligen Schrift, weshalb das geistliche Amt Männern vorbehalten sei.

Ein wenig Geschichte

In Bayern wurden ab 1923 Frauen vereinzelt zum landeskirchlichen Examen zugelassen, jedoch ohne Perspektiven für eine berufliche Zukunft. Erst 1944 wurde ein erstes "Vikarinnengesetz" verabschiedet, das bis 1970 Geltung hatte. Es "erlaubte Frauen unter anderem die Wortverkündigung im Kindergottes-

dienst, in Bibelstunden vor Frauen und Kindern und im Religionsunterricht, und die 'Mitwirkung bei der Erledigung pfarramtlicher Geschäfte'. Die öffentliche Wortverkündigung war ihnen ebenso verwehrt wie die Verwaltung der Sakramente und Amtshandlungen. Ihre Dienstbezeichnung war Pfarrvikarin: „sie wurde für ihren Dienst eingesegnet, aber nicht ordiniert. Zudem waren sie der Zölibatsklausel unterworfen.“¹ Immer mehr Stimmen forderten ab den 60er Jahren, dass sich das ändern müsse. In seiner ersten Mitgliederversammlung im März 1968 verwehrt sich der neu gegründete AEE vehement gegen die Erklärung "Das Amt der Kirche und die Frau", welche Mitte Februar 1968 von einer konservativen Gruppe um Dekan Walter Reissinger an alle Synodalen und Pfarrer der Landeskirche verschickt worden war. Darin wird der Vorwurf der Häresie erhoben und mit der Spaltung der Kirche gedroht, wenn Frauen ordiniert würden. Im Herbst 1970 verabschie-

¹ Angela Hager, Ein Jahrzehnt der Hoffnungen. Reformgruppen in der bayerischen Landeskirche 1966-1976, Göttingen 2010, S. 194

det die Synode ein neues Theologinengesetz, das zwar die Beauftragung zur Sakramentsverwaltung ermöglicht (wie für andere Nichtordinierte!), die Zölibatsverpflichtung aufhebt und Pfarrvikarinnen am geistlichen Amt beteiligt, aber nicht die Ordination. Das war vielen zu wenig. "Das letzte Gefecht begann damit, daß der dem AEE nahestehende synodale Arbeitskreis 'Offene Kirche' ... im Herbst 1973 die Vorlage für ein neues Theologinengesetz in der Synode einbrachte, die ohne Wenn und Aber die Einbeziehung der Theologin in das Pfarrergesetz, d. h. ihre volle Gleichberechtigung mit dem männlichen Pfarrer, vorsah. Auf dieser Basis wird nun weiterverhandelt."² Der Gesetzentwurf sollte in der Herbstsynode 1974 abgeschlossen werden. Da erklärt Dietzfelbinger seinen Rücktritt vom Bischofsamt zum 1. Mai 1975. "Die zweite, abschließende Lesung des Gesetzes erfolgte bei der Herbsttagung 1975. Landesbischof war nun Dr. Johannes Hanselmann. Gegen einen relativ kleinen, aber harten Kern von Kritikern ... wurde das Gesetz verabschiedet und trat am 1.1.1976 in Kraft."³ "Um den Gegnern die Zustimmung zum veränderten Pfarrergesetz ein wenig zu erleichtern, war im Gesetzesentwurf ein Vorbehalt eingebaut: 'Der Lan-

deskirchenrat muß die Ausschreibung auf [männliche!] Pfarrer ... beschränken, wenn bei der Besetzung der Pfarrstelle die Mehrheit der Kirchenvorsteher oder ein [!] dem Kirchenvorstand angehörendes geistliches Mitglied es verlangen ...' Die Klausel, von manchen spöttisch „Macho-Paragraph“ genannt, mag damals für den Erhalt des Friedens in der Landeskirche unverzichtbar gewesen sein. Es gab bis Ende 1995 aber nur ganze zwei Fälle, in denen Pfarrer sich auf diesen Vorbehalt beriefen ... Auf der Frühjahrssynode 1996 wurde der Vorbehalt gestrichen - fast einstimmig."⁴

Im ökumenischen Kontext haben sich die gegensätzlichen Positionen bis heute verhakt. In der römisch-katholischen Kirche und in den orthodoxen Kirchen wird es auf lange Sicht keine Priesterinnen geben. Das lassen Kirchenverständnis, Sakramentsverständnis und Tradition nicht zu.

Wenngleich sich bei der Mehrheit der reformatorischen Kirchen die Frauenordination durchgesetzt hat, gibt es kein einheitliches Bild. Lutherische Kirchen ohne Frauenordination sind z. B. die SELK in Deutschland, Missouri Synod in den USA, Lutheraner in Australien, Südafrika und Brasilien. Die Ablehnung

² aao S. 186

³ aao S. 186f.

⁴ aao S. 187

wird vor allem biblisch, aber auch mit der Tradition begründet.

Letztlich geht es um die Frage, wie denn die Aussagen der Bibel überhaupt zu verstehen sind – wörtlich oder unter Berücksichtigung des historischen Zusammenhangs. Viele Argumente von damals wiederholen sich heute in der Debatte über Homosexualität.

Die dem AEE nahestehende Gruppe „Offene Kirche“ schreibt 1974, was auch heute gilt: "Gehorsam gegen den Willen Gottes kann nicht bedeuten, alle Anweisungen des Alten und Neuen Testaments als ein zeitlos gültiges Gesetz befolgen zu wollen. Zeitlos gültig ist das Doppelgebot der Liebe Gottes zum Sünder. Daneben gibt es in der Bibel zeitbedingte Anwendungen dieses Doppelgebotes, die keinen Anspruch auf dauernde Gültigkeit besitzen. Zahlreiche, vor allem kultische Regelungen aus der Bibel spielen heute keine Rolle mehr."⁵ "Frauen spielen im Heilsplan Gottes eine wesentliche Rolle. Es sei erinnert an die Prophetinnen des Alten Testaments und die Stamm-Mütter der Erzvätergeschichten; an die Frauen am Grabe als die ersten Zeugen der Auferstehungsbotschaft (Maria Magdalena

galt in der alten Kirche als 'Apostola apostolorum' = Apostelin unter den Aposteln!); Das neutestamentliche Dienstant ist grundsätzlich vom alttestamentlichen Priesteramt zu unterscheiden."⁶

Kommentare des Autors:

- Als ich 1978 Lehrvikar wurde, drei Jahre nach der synodalen Entscheidung, waren in unserem Kurs auch vier Frauen. Ich kann mich nicht erinnern, dass jemals das Thema ihrer Berechtigung zum geistlichen Amt eine Rolle gespielt hätte.

- Nach einer unendlich anmutenden Geschichte des Patriarchats "probieren" wir es nun seit weniger als 100 Jahren mit der Gleichstellung und Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Und wir sind gut vorangekommen, wenigstens in unserem Kulturkreis. Aber wir werden noch lange üben müssen für ein selbstverständliches Miteinander auf Augenhöhe.

- Wir sollten denen, die wir aus unserer heutigen Sicht nicht mehr verstehen, wenigstens mit Respekt begegnen ... wie wir es auch von unserer Nachwelt erhoffen, wenn sie so manches von uns einmal nicht mehr verstehen wird.

⁵ Synodale Arbeitsgruppe "Offene Kirche", Thesen zur Theologinnenfrage; B&K 20/1974; These 1 und 3

⁶ aao S. 186f.

Zwei Generationen von Betroffenen

Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam im Gespräch mit Klaus Rettig

Für uns Pfarrerinnen ist es heute (fast) selbstverständlich, dass wir den Pfarrberuf ausüben. Doch das war bis vor wenigen Jahrzehnten anders. 1927 legten zum ersten Mal in Bayern 4 Frauen das erste theologische Examen ab. Die Zahl der examinierten Theologinnen wuchs rasch. 1935 gründete Lisette Bruckner den Theologinnenkonvent.

Bis zur Einführung der Frauenordination, die bei der Herbstsynode 1975 in Ansbach beschlossen wurde, war es noch ein weiter Weg. Auch damalige und heutige Mitglieder des AEE – Frauen wie Männer! – haben zu der Entwicklung beigetragen. Im „b&tk“ vom Juni 1974, das als Name übrigens EVANGELISCHE ERNEUERUNG trug, schrieben Dr. Martin Bogdahn und Claus-Jürgen Roepke „Thesen zur Theologinnenfrage (Zu den Einwendungen gegen das Theologinnengesetz)“. Sie führen (die) zwölf Gegenargumente auf, um sie dann zu entkräften.

Neben dieser theologischen Schützenhilfe von Seiten des AEE gab damals praktisch-solidarische Unterstützung. Davon erzählt Klaus Rettig, Pfarrer im Ruhestand:

Interview zur Frauenordination mit Klaus Rettig (KR) aus Bayreuth am 14.4.15



Klaus Rettig, Foto: Kleineidam

AK.: Klaus, du warst damals, als es um die Frage der Frauenordination ging nicht nur Vikar, sondern auch an den Entwicklungen beteiligt. Kann man das so sagen?

KR.: Ja. – Ja wir hatten in unserem Kurs vom Predigerseminar (PS) in Nürnberg – da hatten wir zwei Frauen im Kurs: Uschi Butz-Will und die leider schon verstorbene Christa Gaiser. Die beiden Frauen haben mit uns studiert und das PS absolviert,

sollten aber nicht ordiniert werden aus „Gewissensgründen des damaligen Kreisdekans“, Luther mit Namen.

AK: Aus Gewissensgründen...

KR.: Er konnte das nicht befürworten. Ja, und wir sagten: Wir haben auch Gewissensgründe, und noch mehr existentielle Gründe für die Frauen. Und dann wurde natürlich von landeskirchlicher Seite aus Druck ausgeübt. Ordination ist die Sache des Einzelnen oder einiger weniger. Wir sollten doch von der (von uns) geplanten gemeinsamen Ordination Abstand nehmen und uns einzeln ordinieren lassen.

AK.: Aus Rücksicht auf den Kreisdekan.

KR.: Ja, das sei eine Demonstration wenn wir das gemeinsam machen wollten. Es war – ich mag dieses Wort nicht – von den Kritikern als „Massenordination“ bezeichnet worden. Wir sollten ja ordiniert sein um etwa das Abendmahl zu verwalten. Normalerweise wäre die Ordination am Ende des Vikariats vorgenommen worden, das hat sich dann ein dreiviertel Jahr hingezogen.

AK.: Weil ihr euch geweigert habt...

KR.: ... uns ohne die Frauen ordinieren zu lassen. Es war dann so: Luther ging am 30. 4. 77 in Ruhestand. Und wir wurden vom Ansbacher Kreisdekan Meiser am 1. Mai 77 ordiniert. Das Timing ist also wichtig – so viel zur „Bekenntnistreue“.

AK.: Und die Frauen selber, wie war das bei denen? Haben die versucht, euch zu überreden?

KR.: Da war keinerlei Druck, sondern das war von uns aus – es war völlig unmöglich, dass wir die Frauen hängen lassen. Entweder gemeinsam oder gar nicht. Das wurde uns ausgelegt als wenig geistlicher Tiefgang.

AK.: Bitte?

KR.: Ja, aber Solidarität ist ja auch was.

AK.: Sehr viel, oder? Und du hast gesagt, ihr wurdet einzeln bearbeitet, und ein paar sind dann auch abgesprungen.

KR.: Letztlich war es die Hälfte von unserem eigentlichen Kurs. Auf dem Foto ist übrigens auch HG (Hans-Gerhard Koch) dabei. Er war zwar nicht im PS, aber er hat sich uns angeschlossen.

AK.: Ihr habt dazu beigetragen, dass diese Frauen ordiniert werden konnten. Was ist dein Fazit?

Nicht irgendwie spektakulär. Auch unser PS-Leiter, Wolfgang Dietzfelbinger, stand hinter uns.

KR.: Es war für uns völlig normal, dass Uschi mit uns ordiniert wurde.



Gruppenbild mit Dame, 1. Mai 1975, Foto: Koch

Was ist noch zu tun?
Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam:

Ab und zu stoßen Frauen im Pfarramt noch auf Ablehnung: Ein Pfarrer, den mein Sohn im Religionsunterricht hatte, äußerte sich dementsprechend kritisch – worauf mein Sohn ihn zur Rede stellte und

in Verlegenheit brachte. Doch insgesamt denke ich, dass Frauen aus unserer Kirche nicht mehr wegzu-denken sind – und andere Bekenntnisse, wie etwa die anglikanische Kirche, haben das Potenzial von Frauen ebenfalls erkannt.

Rette sich, wer kann?

Gegen eine Ethik des Egoismus – Protestantismus und das vorausgesagte Ende des Kapitalismus

Von Lutz Taubert

Um mal mit einem Schuss Sarkasmus anzufangen: Wir Evangelische sind ja berüchtigt dafür, die Dinge kritisch zu sehen. Skeptisch zu sein. Das Negative bedenken, Untergangsszenarien zu malen. Unser oberster Repräsentant und Pastor hat sich über diese evangelische Apokalyptik neulich, auf dem Kirchentag, sogar ein wenig lustig gemacht: Die Protestanten neigen dazu, alles als schwierig nehmen, meinte Joachim Gauck. Mit einem Verweis auf die andere Konfession, die nicht nur in manchen theologischen Dingen, sondern eben auch in der Frage der Mentalität ganz anders ist. „Die Katholiken können sich auch mal freuen.“

Tja! Einerseits ist die Welt, wie sie ist, traurig, sündhaft und endlich, andererseits gibt's da – um einen marxistischen Philosophen in Erinnerung zu rufen – das „Prinzip Hoffnung“. Wie also stellen wir uns da mental auf, in welcher Art von Befindlichkeit finden wir uns wieder, wenn wir nun über radikale Veränderungen nachdenken? An zwei Veränderungen haben wir uns

ja, nolens volens, schon längst gewöhnt. Da ist einmal die fortschreitende Säkularisierung unserer Gesellschaft. Unaufhaltsam sinkt der Anteil der Christen und des christlich geprägten Milieus; und irgendwann – eher bald als später – wird diese scheinbar lineare Entwicklung einen Kipppunkt erreichen, hinter dem die Institution Kirche in der Bedeutungslosigkeit verschwindet, die christliche eine nur noch historische ist.

Da ist zum anderen das Untergangsszenario unserer ökologisch gefährdeten Welt. Da mögen die G7-Staaten sich zur 2-Grad-Grenze noch so sehr bekennen, es wird das Jahr nicht mehr so fern sein, da die Welt sich eingestehen muss, dass die Idee einer globalen Klimapolitik gescheitert ist. Eine Klimaerwärmung von plus 5 bis 6 Grad aber wird desaströse Folgen haben, und die Aussicht darauf wird die Staaten der Welt nicht mehr zusammenbringen, sondern nur noch jeden einzelnen an sich denken lassen: „Jeder rette sich wer kann.“ „Rette sich wer kann“. Das gilt nun auch

für eine weitere einschneidende Veränderung: Der Kapitalismus stirbt, macht sich selbst kaputt und überflüssig! Und das mit dramatischen Folgen für die Demokratie. Das ist eine These, die mehr und mehr diskutiert wird und Zustimmung erfährt. Der Soziologe (und nicht Ökonom!) Wolfgang Streeck hat sie in die Welt gesetzt: „Mein Bild vom Ende des Kapitalismus ist das eines dauernd reparaturbedürftigen sozialen Systems.“ Bis zum Schluss nichts mehr repariert werden kann.

In der Tat ist es ein unabweisbarer Befund, dass die Spreizung der Gesellschaften ökonomisch immer weiter geht und fast schon exponentielle Ausmaße annimmt. Der französische Ökonom Thomas Piketty hat, über seine Disziplin und über die Expertenpresse hinaus, eine breite, europaweite Debatte über die zunehmende Konzentration von Vermögen bei wenigen Reichen entfacht. Ein wichtiger Grund dafür seien Erbschaften. Piketty zufolge steuern europäische Gesellschaften zurück in Vermögensverhältnisse, wie sie zu Zeiten der Erbaristokratien im 19. Jahrhundert herrschten. Zahlen der Europäischen Zentralbank (EZB) bestätigen Pikettys These: Das Vermögen ist in Deutschland und Österreich im europäischen Vergleich besonders ungleich verteilt.

Die Mittelschicht aus klassisches Durchgangs- und Aufstiegsterrain einer sozial mobilen Gesellschaft gibt's bald nicht mehr. Das heißt politisch: Die Demokratie als die Idee der demokratischen Teilhabe aller ist gefährdet. Die Ungleichheit von Lebenschancen wird vererbt: Wer arm ist, bleibt arm, wer reich ist, wird immer reicher. Laut Piketty verbreitet sich in der großen Masse der Bevölkerung das Gefühl, dass die Reichen "es sich richten können" und mit ihren Vermögen auch ihren politischen Einfluss über Generationen weiterreichen.

Da wären wir wieder bei Streeck, der die prinzipielle Unversöhnlichkeit von Demokratie und Kapitalismus konstatiert. Das ist, beiläufig bemerkt, ein ziemlicher Paradigmenwechsel! Gingen wir doch, gerade in Folge der 68er Zeit, von der Idee aus, dass der Kapitalismus durch die Demokratie im Zaum gehalten werden kann und durch die Ansprüche des Sozialstaats sein menschliches Antlitz gewinnt. Streeck: „Die drei Jahrzehnte nach dem Krieg prägen unser Bild einer halbwegs demokratischen, einigermaßen stabil funktionierenden kapitalistischen Gesellschaft bis heute.“ Damals konstatierten die Gesellschaftswissenschaftler noch eine breite, eine formierte Mittelschichtsgesellschaft. Die meisten hatten irgendwo in der Mitte der

Gesellschaft ihren Platz und damit einen ähnlichen sozialen Status. Auch die Einkommen lagen – relativ und absolut gesehen – näher beieinander. Für Streeck ist dieses Modell einer sozialen Marktwirtschaft ein historisches. Heute gebärdet sich der Kapitalismus ungestüm und fast schon unzähmbar, global und auf sich selbst bezogen.

In seinem Buch „Gekaufte Zeit“ über die Finanzkrise 2008 zeigt Streeck, wie die Spannungen innerhalb des Systems des demokratischen Kapitalismus seit den 1970er Jahren zu – nach seiner Zählweise – dreieinhalb Phasen krisenhafter, immer globalerer Entwicklung führten: Inflation, Staatsverschuldung, Aufblähen des Finanzsektors, und zuletzt das Aufblähen der Bilanzsummen der Zentralbanken sind diese dreieinhalb Phasen oder auch Gründe, warum das System demokratischer Kapitalismus zunächst dauerhaft reparaturbedürftig und schließlich unreparierbar wird. Die

mit den Geldern des aufgeblähten Finanzsektors gekaufte Zeit wird schließlich auch zu Ende gehen.

Und dann, wenns ökonomisch immer extremer wird, wenn die Unterschiede zwischen armen und reichen Menschen, Unternehmen, Ländern immer extremer werden, heißt's: „Rette sich, wer kann“. Eine fatale Parallele zum ökologischen Weltuntergangsszenario: Am Klima reparieren wir herum, bis zum Schluss wir doch mit der Unumkehrbarkeit des Klimawandels leben müssen. Wir so apokalyptisch geneigten Protestanten werden dann wieder, gemäß der Gauck'schen Beobachtung, allen Grund haben, die Welt als schwierig anzusehen. Der „Rette sich wer kann“-Mentalität aber werden wir dann hoffentlich etwas entgegensetzen können: nämlich eine Gemeinwohl-Orientierung, die für eine christlich geprägte Gesellschaft einst ein Kennzeichen war.



Bild: Flickr.com

Auf dem Weg zum A-Sozialstaat?

10 Jahre Agenda 2010 und die Folgen

Von Thomas Bayer

2013 wurde das 10-jährige Jubiläum der Agenda 2010 gefeiert, 2015 10 Jahre Hartz IV. Die Feierlaune ist sehr befremdlich, wenn man bedenkt, was Hartz IV in unserer Gesellschaft verändert.

Erstens:

Die Versprechungen, den Arbeitsmarkt flexibler zu machen und mehr Menschen in ein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis zu bringen trafen nicht ein. Zugenommen hat nur die prekäre Beschäftigung: Leiharbeit, Aufstocker und Minijobs. Menschen, die jahrzehntelang einen Vollzeitjob hatten, wurden in Teilzeit- und Leiharbeit verschoben.

Die Folge: 50 % der Deutschen leben an der Armutsschwelle; d.h. weder in dauerhafter Armut noch in gesichertem Wohlstand. Die Schwelle erweist sich als äußerst schmal, da *ein* Schicksalsschlag ausreicht, um auf einen Schlag von fremder Hilfe abhängig zu sein.

Zweitens:

Durch die Hartz-IV Gesetzgebung wurde den Arbeitgebern und Unternehmen ein Erpressungsinstrument an die Hand gegeben, weil die drohende Armut Arbeitende zwingt,

sich unter Wert zu verkaufen: sie müssen praktisch jede Arbeit annehmen, werden entmündigt und ihrer persönlichen Freiheit beraubt. So findet eine schleichende Spaltung unserer Gesellschaft statt.

Drittens:

Um den Erfolg der Agenda 2010 zu untermauern, werden Monat für Monat sinkende Arbeitslosenzahlen der Öffentlichkeit präsentiert.

Aber: die Vorgaben zur Ermittlung dieser Zahlen sind geschönt. Man nimmt einfach bestimmte Personen gar nicht mehr in die Arbeitslosenstatistik mit auf. Wenn Sie also das nächste Mal vom „Rekordtief bei den Arbeitslosenzahlen“ hören, dann denken Sie daran, dass alle Personen herausgerechnet sind:

- die eine Maßnahme oder einen Fortbildungskurs besuchen;
- die es mittlerweile aufgegeben haben, nur noch Absagen auf Bewerbungsschreiben zu erhalten;
- die auf Hartz IV angewiesen sind, weil ihr Lohn als Leiharbeiter oder Minijobber zum Leben nicht ausreicht (Aufstocker);
- die älter als 58 Jahre sind, weil sie im Fachjargon als „arbeitsmarktferne Kunden bezeichnet werden;

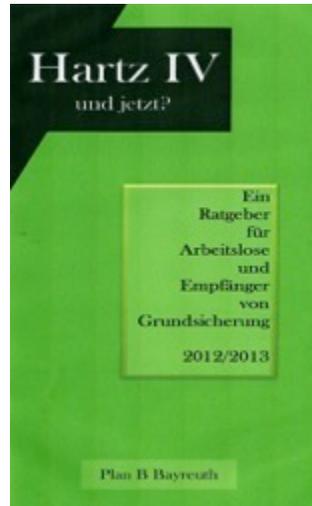
- Kranke und zeitweise Erwerbsunfähige. (Wir haben nicht genügend Lehrer und Krankenschwestern, wir haben aber genügend Leute, die tag-genau die Kranken aus der Arbeitslosenstatistik herausrechnen)
- die sich etwas materiellen Besitz aufgebaut und angespart haben und ihr Haus, ihre Eigentumswohnung, Ihr Auto, ihre Lebensversicherung noch nicht „verbraucht“ haben
- Alleinerziehende oder Personen, die Angehörige pflegen,
- und die ca 300.000 Nichtsesshaften in Deutschland, die die Auflagen der Ämter nicht erfüllen können und deshalb lieber auf ihre Unterstützung verzichten.

2014 gab es laut offizieller Statistik etwa 3 Millionen Arbeitslose in Deutschland, 4,4 Millionen erhielten aber Transferleistungen nach ALG II, und 6,1 Millionen wurden generell als Leistungsempfänger aufgeführt. Rechnet man nun noch diejenigen dazu, die (aus verschiedenen Gründen) nicht statistisch erfasst werden, sind wir schnell bei 8 bis 10 Millionen Menschen in unserem Land, die keine Arbeit haben, von der sie leben können. Und wenn wir noch weiter rechnen, dann kommt man auf 13 Millionen Menschen, denen keine Stelle angeboten werden kann, bei der mehr als Hartz IV dabei herauskommt.

Fünftens:

Eine weitere Folge der Agenda 2010

mit seinen Hartz IV-Gesetzen, wird in der Öffentlichkeit wenig bis



überhaupt nicht wahrgenommen, nämlich die Kosten für diese Gesetzgebung. Das sind 1000 neue Standorte, die mit Anmietung (jährliche Mietkosten im hohen dreistelligen Millionenbereich) und Ausstattung von Büro- und Kommunikationsmittel eingerichtet werden mussten, und insgesamt 3000 neue Beamte. Seit der Einführung von Hartz IV (2005) haben sich die Ausgaben für Verwaltung von 1,2 auf 3,8 Milliarden Euro erhöht, die für Eingliederungsmaßnahmen um 1,9 auf 5 Milliarden Euro.⁴ Ein fehlerhaftes Computersystem wurde in den Sand gesetzt und Millionen für die Neuanschaffung benötigt.

Dadurch und durch unerfahrenes Personal häuften sich Fehler in den Hartz-IV-Bescheiden. Dies löste wiederum eine Welle von Einsprüchen aus. Die Klagen vor den Sozialgerichten stieg von 46.000 aus dem Jahr 2005 auf 160.000 im Jahr 2010. Deshalb mussten über 100 neue Planstellen für Richter eingerichtet werden, die Mehrausgaben in Höhe von 300 Millionen Euro jährlich bedeuteten.

Weitere überflüssige Kosten entstehen durch Fortbildungsmaßnahmen, die sich als sinnlos erweisen.

Arbeitslosigkeit und Hartz IV bedingen noch weitere Kosten, die meist übersehen werden. Das sind einmal die sog. fiskalischen und parafiskalischen Kosten, d.h. Belastungen der öffentlichen Haushalte oder Steuerausfälle, und zum anderen die gesamtökonomischen Kosten durch Wachstums- und Konsumverluste. Weiter kommen dazu individuelle und soziale Kosten, weil bei den Betroffenen (Hartz IV-Empfängern) berufliche Kompetenzen sowie soziales Ansehen und Selbstbestimmung verloren gehen und eine hohe Anzahl von ihnen armutsbedingt erkrankt, sei es durch Depressionen, durch schlechte Ernährung oder mangelnde Gesundheitsvorsorge.

Weitere Kosten sich heute noch gar nicht abzusehen, weil sie auf lange Sicht unsere Kultur und die Demo-

kratie untergraben. Schwindende soziale Gerechtigkeit, Destabilisierung des sozialen Sicherungssystems, erzwungene Altersarmut, zurückgehendes gesellschaftliches Engagement und politisches Desinteresse.

Ist diese Kostenexplosion gewollte Dummheit oder ausgeklügeltes Kalkül?

Ich habe den Eindruck, dass letzteres der Fall ist, wenn man sieht wie die politisch Verantwortlichen und die Öffentlichkeit mit dem Problem Arbeitslosigkeit, Hartz IV und Armut umgeht.

- Anstatt die Armut zu bekämpfen, werden die Armen bekämpft.

- Anstelle von sozialem Handeln tritt Ausgrenzung, Diffamierung und Abwertung.

- Anstatt die Ursachen in einer verfehlten Politik zu suchen, werden die Betroffenen als Schuldige hingestellt und fördert dadurch deren Scham.

Würde und Mitgefühl werden durch gezielte Schuldvorwürfe an die Betroffenen auf dem „Altar“ der Wachstumsideologie und eines liberalen Kapitalismus geopfert. Das „*shame punishment*“ ist längst gesellschaftsfähig geworden. So spricht meiner Meinung nach viel dafür, dass unser Sozialstaat auf dem Weg ist, asozial werden.

Nähere Informationen: Pfr. Th.Bayer
www.planb-bayreuth.de

94 Thesen, die es in sich haben

Reformation radikalisieren – provoziert von Bibel und Krise

Von Hans-Gerhard Koch

Gleich die ersten Sätze dieses Memorandums einer internationalen Gruppe von 46 reformatorischen Theologen machen klar, dass es nicht um betuliche Jubelfeiern geht, sondern um Theologie auf der Höhe der Zeit.

Martin Luther begann seine 95 Thesen von 1517 mit der Umkehrforderung Jesu: "Kehrt um, die gerechte Welt Gottes ist nahe". Fünfhundert Jahre später leben wir in einer Zeit, die wie das biblische "Jobel-Jahr" („Erlassjahr“, Lev/3. Mose 25) ebenfalls Umkehr und eine Veränderung hin zu gerechteren Verhältnissen anmahnt. Das sagen wir heute nicht im Gegensatz zur römisch-katholischen Kirche und den vielen in ihr verwurzelten Befreiungsbewegungen, sondern im Gegensatz zu den Strukturen des Imperiums, die gegenwärtig herrschen. Nur im Hören auf das Wort vom Kreuz (1 Kor 1,18) und das Seufzen der misshandelten Kreatur (Röm 8:22), nur wenn wir unsere Ohren öffnen für den Schrei der Opfer an der Unterseite unserer hyper-kapitalistischen Weltordnung

kann das Reformationsjubiläum zum befreienden "Jobel-Jahr" werden. Christliche Selbstgerechtigkeit, die dieses System stützt, ist der reformatorischen Rechtfertigung aus Glauben entgegengesetzt. Rechtfertigung wird nur gelebt in umfassender Solidarität."

Ausgangspunkt ist, wie einst bei Martin Luther, ein doppelter: die Herausforderungen der Zeit und die Botschaft der Bibel. Die Krisen werden benannt: dramatische Klimaveränderungen, Kluft zwischen Reich und Arm, globaler Finanzkapitalismus. Ihr Hintergrund ist – unter anderem – die Moderne, die mit der Reformation begann. Dem gegenüber stellen die Thesen eine „Neulektüre“ der Bibel aus der Sicht der Opfer dieses Systems. Und dann wird in den Thesen Ross und Reiter genannt: ein von Kapital getriebene Wirtschaft, die grenzenloses Wachstum erzwingt, das falsche Menschenbild von Konkurrenz und Wettbewerb, die falsche Individualisierung des Heils. Biblisch müssen uns andere Bilder leiten: Die Herrschaft Gottes statt des Mammons

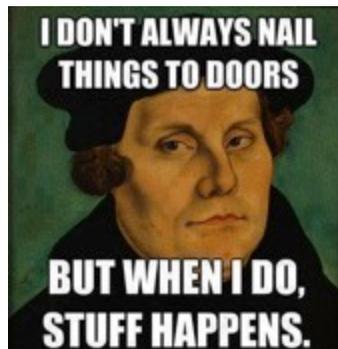
(These 5ff), solidarische Gemeinschaft statt imperiale Macht (10), eine „politische Ökonomie des Genug für alle“ statt grenzenlosem Reichtum für wenige(16), Rechtfertigung nicht nur geistlich, sondern auch sozial (18 ff.) . Das muss nicht in die Bibel hinein interpretiert werden, sondern wird schon in biblischen Zeiten gegen die Imperien der damaligen Zeit prophetisch verkündigt und in Ansätzen gelebt. (67 ff.)

Wer Reformation 2017 wirklich ernst nimmt, kann deshalb nicht im Geschichtlichen stehen bleiben. These 93 sagt: *Wir brauchen eine "neue Reformation". Jetzt wie damals können Leute leicht fromm sein. Aber diese Frömmigkeit drückt sich oft in unangemessenen Formen aus, weil Kirchen oft von der realen Situation, in der Menschen leben, entfremdet sind. Wie seinerzeit Luther brauchen wir eine Erneuerung der befreienden Botschaft des*

Evangeliums.

Die Thesen schließen: *„Die Reformation radikalieren – provoziert von Bibel und Krise“ ist für Kirchen und Theologie keine beliebige Option, sondern notwendig. Luther selbst machte die Schrift in ihrem historischen Wortsinn zum Kriterium aller Tradition. Die kontextuelle Auslegung der Bibel hat diesen Sinn kritisch-prophetisch geschärft. Und Luther übte systemische Kritik schon am Beginn der kapitalistischen Moderne – Wie sollten wir am Ende dieser immer mörderischeren und selbstmörderischen Menschheitsphase und ihrer Krise nicht neu auf unsere Glaubensquellen hören und mit anderen gemeinsam „dem Rad in die Speichen fallen“? Lasst uns gemeinsam mit andren auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens gehen.* Höchste Zeit, dass sich auch die reformatorischen Kirchen in Deutschland ernsthaft auf diesen Weg machen.

Grafik: Patheos Progressive Christians



Mit „2052“ unter dem Arm zur Welt-

ausstellung in Mailand

Zwei Empfehlungen für 2015

Von Martin Kleineidam

Wer sich Gedanken über die Zukunft der Welt macht und seine eigene Rolle in dieser Perspektive reflektiert, sollte sich Zeit nehmen, den „neuen Bericht an den Club of Rome“ von Jorgen Randers, einem der Autoren von „Die Grenzen des Wachstums“ (1972), zu lesen. Randers prognostiziert auf 400 Seiten ein Bild unserer Welt, wie sie im Jahr 2052 erscheinen wird. Der Professor für Klimastrategie an der BI Norwegian Business School schreibt gegen eine katastrophale Zukunftsaussicht aber für seine Leserschaft, die inzwischen sehr groß ist. Das Buch aus dem Jahr 2012 ist mittlerweile zum internationalen Bestseller geworden.

Dennoch schätzt das Beiratsmitglied mehrerer Unternehmensvorstände (wie der British Telecom oder dem US-amerikanischen Dow Chemical) seine Prognose als „pessimistisch“ ein (S. 373). Im Detail gibt Randers indessen ein sehr differenziert Sicht der Zukunft ab. Während z.B. den USA ein Abstieg vorhergesagt wird, blüht China zur neuen Hegemonialmacht auf. Im Zuge von

Klima- und Energieintensität und umfassender Verstädterung sowie im Abgleich freiwilliger und erzwungener Investitionen, in Kalkulation gegenläufigen Trends von Wachstum und Schrumpfung verschiedener wirtschaftlicher Sektoren bestätigt der ehemalige stellvertretende Generaldirektor des WWF ein fast bekanntes Bild:

1. Der Klimawandel wird sich trotz lokaler Bemühungen mit den Sekundärfolgen – wie unwiederbringlicher Verlust an biologischer Vielfalt, Anhebung des Meeresspiegels (um 30 cm) oder Klimamigration (152) – in den kommenden Dekaden einstellen. Die 2° C-Grenze wird 2052 überschritten sein und der Klimawandel sich danach wegen der auftauenden Permafrostböden (Methanemission) auch ohne weiteres Zutun des Menschen selbst verstärken und beschleunigen.

2. Es wird an Investitionen in eine in die Zukunft gerichtete Forschung und Entwicklung mangeln.

3. Knapp drei Milliarden Menschen werden in Armut leben, obwohl es

weniger Menschen geben wird, als weithin befürchtet.

4. Neu wird vielleicht sein, dass auch die reichen Länder sich mit einem anderen Bild vertraut machen müssen: Das mittlere Realeinkommen wird z. B. in den nächsten 40 Jahren stagnieren, der Konsum leicht sinken, obwohl weiterhin hart gearbeitet wird. Ein Großteil der Wirtschaftskraft wird für eine Flut neuer Probleme aufgewendet werden müssen...

Dennoch ist diese globale Prognose für die nächsten 40 Jahre keine Dysutopie und kein Weltuntergangsszenario; denn der Autor bietet eine Fülle von Statistiken auf, die er mittels Grafiken in die Zukunft auszieht. Durch ein systemdynamisches Computermodell entwickelt er seine mathematisch-deterministisch gewonnene Prognose (77-82). Deren 14 Variablen reichen von Fertilität, Sterblichkeit, Arbeitsproduktivität bis hin zu ungenutzter Biokapazität (83f.). Seine Vorgehensweise ist also streng empirischer Natur und knüpft an den Vorfindlichkeiten des Lebens an.

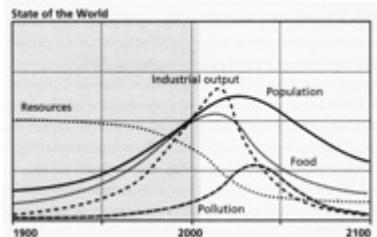
Neben der Fülle an Daten sowie futurologischen Erkenntnissen, reizvollen Einblicken in geographische Besonderheiten und kenntnisreichen wirtschaftlichen Zusammenhängen beeindrucken 41

Statements unterschiedlicher Wissenschaftler und Forscherinnen, die ihre jeweilige Sicht auf das Jahr 2052 abgeben. Zum Beispiel favorisiert der Politikwissenschaftler Dag Andersen mit seinem Ausblick „Die fünfte kulturelle Stufe“ das Spirituelle gegenüber dem heute geltenden Paradigma des Materiellen (365). Entscheidend ist, was der Vater einer Tochter für die Bewältigung der bevorstehenden Katastrophen und Probleme aus 50 Jahren Entwicklungshilfe und Klimafor-schung zusammengetragen hat. Neben den bekannten Ansatzpunkten gegen Armut (wie Bildung, Frauenförderung, Regionalität, Schuldenerlass, Handelsschrankenabbau für ärmere Volkswirtschaften - kein TTIP -, Investitionen, Korruptionsabbau) zeigt der Verfasser anhand des Beispiels China auf, dass eine erfolgreiche Wirtschaft auch im Verzicht auf Freiheit erfolgreich sein kann. Auch beim Beheben des Klimaproblems finden sich zunächst die bekannten Säulen Konsistenz, Effizienz und Suffizienz (hier neben persönlicher Zufriedenheit auch Kappung der Waldrodung und des Landverbrauchs), aber auch als vierte Säule die CO₂ - Abscheidung und Speicherung (CCS) bei fossil befeuerten Kraftwerken und Zementfabriken (148f.). Der mehrfache Buchautor und umtriebige globale Redner beendet sein Stan-

dardwerk der Zukunftsforschung, das sich legitimerweise neben „Die Grenzen des Wachstums“ einreihen darf (vgl. Nachwort 409-414), mit 20 persönlichen Ratschlägen (379-404), die zum Teil bizarr anmuten. Zum Beispiel wenn er zu einem hemmungslosen Besuch der Sehenswürdigkeiten der Welt ermutigt, bevor die kulturelle Vielfalt, die noch schneller als die biologische zu Grunde geht (385), in der kanalisierenden Kultur des Internets eingeebnet sein wird; um mit einem Hauch von Bitterkeit und Grimmigkeit nachzureichen, dass man sich nicht von diesem Tourismustrend durch zunehmende Terrorismusgefahr etc. abhalten lassen soll (386). Trotz dieses manchmal aufflackernenden Sarkasmus sollte man auf dieses FSC-zertifizierte Buch zugreifen; denn hinter den resignativen Passagen, die doch wohl Trauer verstecken (383) sowie Randers Mitgefühl für die Menschheit (404) und seine Liebe zur Natur (384) schützend verbergen sollen, ist dieses Werk eine Orientierungshilfe für Unternehmer, Politikerinnen und Privatpersonen im globalen Maßstab hinsichtlich der nächsten 4 Dekaden. Gerade Menschen, die das Metall für ihre „Schwerter“ gegen Klimawandel und Armut bzw. für Bewahrung der Schöpfung, Gerechtigkeit, Frieden, Gleichheit und Freiheit in den Minen der Propheten

und jesuanischer Reich-Gottes-Botschaft gewonnen haben, sollten dieses Paperback als glühenden Ofen zum Härten ihrer Visionen nutzen.

Herzlich sei empfohlen, diese „Pflichtlektüre“ (WeltTrends) für knappe 15 EURO - cum grano salis - auf eine Reise nach Mailand mitzunehmen. Nicht nur um auf der dortigen Weltausstellung (die EXPO dauert noch bis 31. Oktober 2015) das Lob von Jorgen Randers auf Deutschland (389) zu genießen, sondern einige der rund 100 Pavillons aus aller Welt zu besuchen, die wunderbare Ansätze zur Welternährung bieten, um mit großer Zuversicht auch auf das Jahr 2052 blicken zu können. Die wahrlich inspirierenden Besuche im Padiglione Zero und in den „FIELDS OF IDEAS“ sind zwei Geheimtipps, die nachhaltig glücklich stimmen können und unbändige Lust machen, am Erhalt der Schöpfung und dem Wohlergehen der Menschheit (weiter) mitzuwirken.



Grafik: anticapitalistes.net

„Solidarität und Selbstbestimmung im Wandel der Arbeitswelt“

Eine EKD-Denkschrift rechtzeitig zum 1.Mai
Von Matthias Jena

Kurz vor dem 1. Mai, dem internationalen Tag der Arbeit hat der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland seine neue Denkschrift zu Arbeit, Sozialpartnerschaft und Gewerkschaften vorgestellt.

Zwar steht es nirgendwo explizit geschrieben, aber natürlich ist diese Denkschrift in gewisser Weise eine Antwort, eine Ergänzung, zugespitzt könnte man auch sagen eine Art Wiedergutmachung für die „Unternehmerdenkschrift“ von 2008.

Ausdrücklich greift die EKD auf die reformatorische Erkenntnis Martin Luthers zurück, wonach alle Menschen von Gott beauftragt sind, mit ihrem Beruf anderen zu dienen und deswegen Arbeit in Selbstbestimmung, Kooperation und Solidarität - als Gemeinschaftswerk aller - erbracht werden soll. Arbeit ist und bleibt für die EKD der zentrale Punkt gesellschaftlicher Entwicklung: *„Wie eine Gesellschaft künftig leben will, konkretisiert sich in nuce in der heutigen Gestaltung der Arbeitswelten, da hier bewusst, produktiv und zukunftsorientiert gehandelt wird.“* (S. 99)

Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen in der Wirtschaft (Digitalisierung, Globalisierung) wird vor allem die gewachsene soziale Ungleichheit angesprochen. Zwar wird in der Denkschrift die Lage auf dem Arbeitsmarkt insgesamt als erfreulich bewertet, aber gleichzeitig die ansteigende Zahl atypischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse und das daraus folgende enorme Wachsen eines Niedriglohnssektors kritisch beurteilt. In wünschenswerter Klarheit hat der Rat der EKD den Gegensatz von Kapital und Arbeit (Seite 16) herausgearbeitet und schlussfolgert, dass die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt nicht dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden dürfen, sondern es eine Begrenzung der Macht brauche.

Betont wird in diesem Zusammenhang die Bedeutung von Betriebs- und Personalräten aber auch von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften (S 17; S 83 ff). Der Schluss des 2. Kapitels (S 38/39) liest sich nachgerade wie eine Aufforderung an alle Christen, Mitglied in einer

Gewerkschaft bzw. Arbeitgeberverband zu werden. Noch deutlicher im 6. Kapitel, dort wird *die Mitarbeit in den Gewerkschaften für christliche Arbeitnehmer als wesentlichen Ausdruck ihres Berufsethos* bezeichnet (S 136).

Skeptisch blickt die EKD auf die Entwicklung der Spartengewerkschaft. Ohne eine „gesetzliche Wiederherstellung“ der Tarifeinheit drohe eine weitere Erosion des Tarifsystems (S 89). Die Bedeutung der „Einheitsgewerkschaft“ wird in der Denkschrift an mehreren Stellen unterstrichen (z.B. S 72), allerdings gab es zu diesem Thema in meiner Kirche auch schon noch deutlichere Bekenntnisse (z.B. Synode von Espelkamp 1955).

KANN Gewerkschaft
Sünde sein?



Grafik: ver.di

Ein eigenes Unterkapitel (ab S 73) widmet die Denkschrift den Gewerkschaften im Wandel. Darin findet sich viel Richtiges über den „Trend zur Akademisierung“, die „Heterogenität der Belegschaften“ und den Herausforderungen, die sich dadurch für die Mitgliederengewinnung der Gewerkschaften ergeben. In diesem Zusammenhang wäre es sicher lohnenswert gewesen, auch einen kritischen Blick auf die mangelhafte Präsenz der „einfachen“ Arbeitnehmer/innen in unserer Kirche zu werfen.

Zu Recht weist die Denkschrift auf die wichtige Funktion von Tarifverträgen (S 79) und auf das immer größer werdende Problem der mangelnden Tarifbindung hin. Deutlichere Äußerungen z.B. zur sogenannten OT-Mitgliedschaft (ohne Tarifbindung) in den Arbeitgeberverbänden wären wünschenswert gewesen. Denn immer mehr Arbeitgeber stehlen sich aus Tarifverträgen davon. In einigen Branchen gehen den Gewerkschaften schon die Verhandlungspartner aus, weil sich Arbeitgeber seitwärts in die Büsche schlagen.

Kritisiert wird die wachsende soziale Ungleichheit, die Denkschrift konstatiert ein auf hohem Niveau verharrenden Niedriglohnsektor (S 107) und stellt fest, selbstverständliches Ziel müsse es bleiben, dass jeder Vollzeitbeschäftigte von seinem

Einkommen seinen Lebensunterhalt bestreiten kann. Leiharbeit, die feste Arbeitsplätze ersetze, stelle einen Missbrauch dar (S 108). Im Folgenden (S 109 ff) geht es um Werkverträge, deren Missbrauch durch die Denkschrift leider nicht deutlich genug benannt wird.

Durch die Denkschrift zieht sich - wie ein roter Faden - das deutliche Lob für Gewerkschaftsmitgliedschaft, Tarifautonomie, Tarifbindung, Tarifverhandlungen und Streikrecht, da wirkt das betonte Festhalten an den Besonderheiten des kirchlichen Arbeitsrechtes, dem sog. „Dritten Weg“ (ab S 81) dann doch etwas merkwürdig.

Möge nun eine hoffentlich lebhaftere Diskussion um diese Denkschrift

beginnen, das Thema wäre es wert. Allein ich habe meine Zweifel. Um wirklich Diskussionen anzuregen, ist sie zu glatt gebürstet. Bei Denkschriften handelt es sich eben um Kompromisspapiere.

Vieles ist richtig und sollte schon lange mal gesagt werden, vor allem die durchgehende Anerkennung und Wertschätzung der Gewerkschaften und Betriebsräte. Anderes ist sehr zaghaft formuliert oder versteckt sich immer wieder hinter der Formulierung „ ist umstritten“. Zu oft fehlt es am Mut zur Parteinahme.

Matthias Jena ist Vorsitzender DGB Bayern und Mitglied der Landessynode der ELKB

Ein Gespenst geht um: die schwäbische Hausfrau unterwegs im Finanzreferat

Kommentar von Hans-Gerhard Koch

Von Mitgliedern der Landessynode, hört man derzeit finstere Andeutungen: Eine neue Sparrunde stehe bevor. Wenn man dann verwirrt fragt, wie das sein könne angesichts von Rekorderinnahmen bei der Kirchensteuer gibt es zwei Antworten:

Die eine: das weiß ich nicht, aber die Finanzleute sagen es.

Die andere, von den Eingeweihten: Ja, das ist leider so. Wir haben ein neues Haushaltssystem eingeführt, die Doppik. Da machen wir eine Bilanz wie ein Unternehmen, mit Aktiva und Passiva. Da haben wir gemerkt, dass wir im Minus sind. Denn unser Versorgungsfonds müsste nach bilanzrechtlichen Vorgaben

nicht eine, eher drei Milliarden umfassen. Wir haben wohl in den letzten Jahren über unsere Verhältnisse gelebt. Und dann, so sagt die schwäbische Hausfrau, muss man halt sparen. Hund verkaufen, selber bellen.

Kommt Ihnen das bekannt vor? Ja, richtig, liest man ständig in Zusammenhang mit Griechenland. Die sparen seit 5 Jahren, und inzwischen ist ihre Wirtschaftsleistung um ein Viertel geschrumpft, die medizinische Versorgung zusammengebrochen und die Hälfte aller jungen Leute ohne Arbeit. Das viele Geld, das Europa nach Griechenland überwiesen hat, hat nur Banken gerettet, keine Menschen. Deren Bilanzen sind gut, Griechenland geht es trotz allen Sparens miserabel. Und merkwürdig: die Schulden sind viel höher als zu Beginn der Sparwelle. Irgendwie scheint das nicht zu funktionieren. Nicht, wenn die Sparguthaben auf Banken landen und das Sparen bei den kleinen Leuten. Volkswirtschaften sind ja auch keine schwäbischen Spardosen, sondern dynamische Kreisläufe, in denen die Ausgaben des einen die Einnahmen des anderen sind. Da kann man leicht in eine Abwärtsspirale kommen und sich kaputt sparen.

Man hört, auch die Landeskirche müsse jetzt „sparen“. Der neue

Haushalt soll nur höchstens 1% über dem alten liegen, so lange, bis das Bilanzloch geschlossen ist. 1% plus heißt bei 3% Gehaltssteigerung 2% Minus, von anderen gestiegenen Kosten nicht zu reden. Wir werden dem staunenden Kirchenvolk erklären müssen, wieso wir mit unseren Rekordeinnahmen nicht auskommen, sondern im Gegenteil die Arbeit zurückfahren müssen. Wenn die Sparoperation gelingt, werden wir dann vielleicht eine ausgeglichene Bilanz haben. Aber um das fiktive Geld unserer hochgerechneten Pensionsverpflichtungen aufzubringen, wird die reale kirchliche Arbeit ausgedünnt. Am Ende haben wir dann, wenn's dumm kommt, eine kerngesunde Bilanz und eine schwindsüchtige Kirche. Auf jeden Fall schlechte Stimmung, überall.

Wie gesagt, Griechenland lässt grüßen. Und die schwäbische Hausfrau. Die aber, wie man sieht, nichts von Volkswirtschaft und wohl auch nicht viel von Kirche versteht. Von einer Kirche, die nicht an Finanzsysteme wie die Doppik glaubt, sondern an Gott, der allein die Zukunft der Kirche garantiert. Die ihr Heil nicht in ausgeglichenen Bilanzen, sondern in lebendigen Menschen und ihrer Arbeit sucht. Da wird unserer Synode doch sicher etwas einfallen, wie auch die Bilanzen auf lange Sicht in Ordnung kommen können.

Frieden mit dem Islam?

von Hans-Martin Gloel

Für Frieden braucht es vor allem zweierlei: Die Klärung der Machtfrage und Partner, die sich nach Klärung der Machtfrage in ihre jeweilige Rolle fügen.

Zum Islam wäre zu klären, was „der Islam“ ist und wer dessen Partner zum Frieden sein kann.



Historisch war das einfach: Die frühen arabisch-islamischen Dynastien institutionalisierten in ihrem Herrschaftsbereich einen „hierarchisierten Pluralismus“, wie Soziologen das nennen.

Der Rahmen und die Regeln des Staatswesens wurden nach islamischen Grundlagen bestimmt. Juden und Christen, vom Koran als „Leute des Buches“ gewürdigt, waren „Schutzbürger“, die zwar nicht die gleichen Rechte, jedoch einen Autonomiestatus genossen: sie gestalteten und verwalteten das Zivilrecht nach den Grundsätzen ihrer jeweils eigenen Religionsgemeinschaft; die

Ausübung des Kultus innerhalb der eigenen Viertel war weitgehend frei. Pragmatisch haben die muslimischen Mogulkaiser in Indien dieses System auch auf Hindus und Buddhisten übertragen, obwohl es dafür koranische Grundlage gab. So weit, so friedlich.

Aktuell ist alles anders: „Der Islam steht vor dem Erlöschen!“ so telegraphierte Earl Cromer, britischer Generalkonsul in Ägypten 1905 nach London. Hat er sich getäuscht? Die Blütezeit der durch muslimische Araber geprägten Wissenschaften und die viel beschworene multireligiöse Koexistenz in Andalusien waren da bereits seit fast 700 Jahren Vergangenheit. Das Osmanische Reich hatte sein Augenmerk auf Militär und Verwaltung gelegt und nicht auf Wissenschaft oder gar Theologie.

Das hat die 1928 gegründete Muslimbruderschaft zu der Analyse veranlasst, dass man in dieser Misere sei, weil man sich von der Religion entfernt habe. Stattdessen müsse nun gelten: „Der Islam ist die Lösung!“

Der gleichzeitig einsetzende Ölboom auf der arabischen Halbinsel führte

zur Erstarkung des Wahabismus, einer islamischen Sekte aus dem 18. Jahrhundert, von der vor den Petrodollars kaum jemand Notiz nahm.

Wahabismus, Muslimbruderschaft, Salafismus: durchschlagende und sich verbreitende islamische Ideologien, die sich um die reiche Vielfalt islamischer Theologie und Rechtsauslegung kaum kümmern.

Der Islam ist nicht erloschen, wie Cromer meinte, er hat jedoch verbreitet eine theologisch statische und vielleicht doch im Cromer'schen Sinne dekadente Gestalt angenommen. Aber die erweist sich in ihrer Schlichtheit und ihrem dichotomen Weltbild für entwurzelte und nach Orientierung, Identität und Abgrenzung suchende Muslime in der Diaspora als höchst anschlussfähig.

„Der Islam“ und „der Westen“

Es stellt für alle Beteiligten eine neue Herausforderung dar, dass erst seit wenigen Jahrzehnten eine nennenswerte Anzahl von Muslimen in nichtmuslimisch geprägten Gesellschaften lebt. Die allermeisten Muslime jedoch kennen aus der jüngeren Geschichte ihrer Herkunftsländer vor allem säkulare Systeme: den laizistischen Kemalismus der Türkei (zumindest von 1923 bis 2002) oder die sozialistisch geprägten Präsidiäldiktaturen. Diese

Systeme instrumentalisierten die Religion, gestanden ihr jedoch keine eigene Rolle in Politik und Gesellschaft zu.

Hatten sich diese Systeme zwar schon überlebt und waren morsch, so hielten sie doch die Gesellschaften und Staaten noch – wenn auch mit eiserner Faust – zusammen.

Eine vor allem westliche Interventionspolitik mit weit mehr als 100 Jahre zurück reichenden Wurzeln hat im Irak, in Syrien, Libyen etc. die letzten (freilich bereits maroden) säkularen Stützen dieser Gesellschaften mutwillig zerstört, ohne Alternativen bieten zu können. Das entstandene Vakuum füllt sich nun rasch mit den o.g. ideologisierten Weltanschauungsmodellen islamischer Prägung

Die Machtfrage

In unserer Gesellschaft stellt sich die Machtfrage nicht, wo islamische Vereine und Verbände ihre Rechte geltend machen und Partizipation fordern, um diese sich verändernde Gesellschaft mit zu gestalten. Sie stellt sich dort, wo Einzelne und kleine Gruppen, die in vielen Fällen von den Moscheevereinen selbst nicht mehr erreicht werden, diese Gesellschaftsordnung ablehnen und Gewalt vorbereiten bzw. ausüben.

Die Bemühungen um eine Einbettung des Islams in den Kontext unserer Gesellschaft etwa in Form von Islamischem Religionsunterricht und der Ausbildung von Imamen (und Imaminnen?) in deutscher Sprache sind ein deutliches Signal, dass sich unser Staat der Herausforderung sachgemäß stellen will.

Andererseits ist es Aufgabe islamischer Theologie und muslimischer Funktionäre im europäischen Kontext das Verhältnis der Religion zu Gewalt und politischer Macht zu reflektieren und sich für einen kritischen Diskurs innerhalb der islamischen Gemeinschaft und mit Politik und Gesellschaft einzusetzen. Ein ernst zu nehmender Dialog über diese Fragen hat noch kaum begonnen, ja wird vielerorts dezidiert abgelehnt. Immer rascher und immer stärker wirken sich jedoch die Konflikte anderer Weltregionen auch in unserer Gesellschaft aus. Fragen von Koexistenz, Frieden oder Unfrieden in unseren Städten sind zunehmend mit den Konflikten im Nahen Osten verbunden.

Frieden wird nur sein, wo unsere Gesellschaft inmitten einer aus den Fugen geratenen Welt das notwendige Maß an Kohäsion bewahren kann.

Wir alle profitieren vom Frieden in einer starken säkularen Demokratie, die sich zu Weltanschauungen und religiösen Bekenntnissen äquidistant verhält – die jedoch darauf angewiesen ist, dass alle Beteiligten den von ihr gesetzten Rahmen respektieren.

Sichtbar und aufsehenerregend ist es immer, wo der dieser Gesellschaft gesetzte Rahmen aus religiöser Perspektive infrage gestellt oder beschädigt wird. Die täglichen Bemühungen von Christen, Muslimen und Andersgläubenden, eine konstruktive Rolle in dieser Gesellschaft einzunehmen, sich für ein gelingendes Nebeneinander einzusetzen und Konflikte zu moderieren, sind für die öffentliche Wahrnehmung freilich wenig spektakulär. Umso mehr bedürfen sie der qualifizierten Unterstützung und Ermutigung.

An vielen Orten zeigen Engagierte aus Kirche und Moschee, dass sie aus ihrem je eigenen Glaubensverständnis heraus der Eskalationsspirale etwas entgegen setzen wollen, um damit zu zeigen, dass gelebter Glaube eher Teil der Lösung als Teil des Problems sein kann.

Pfarrer Hans-Martin Gloel ist Leiter des Begegnungszentrums Brücke/Köprü in Nürnberg

Leserbrief

Was wollte Jesus ?

Die vielen hundert Gesetze der jüdischen Religion reformieren!

Was wollte Luther ?

Die vielen von Menschen erdachten Vorschriften reformieren !

Und was brauchen wir heute ?

Die veralteten Glaubensvorstellungen passen nicht mehr in die heutige Zeit. Denn wir glauben ja, dass Gottes Heiliger Geist auch heute noch in uns wirkt.

Meine jahrelange Glaubensentwicklung zeigte mir, dass ich allein auf Gottes Allmacht vertrauen kann. Mit der im Konzil von Nicäa beschlossenen Wesensgleichheit von Jesus mit Gott vor aller Zeit habe ich große Probleme. Und bei Gesprächen, besonders bei Kirchenfremden, stoße ich auch auf großes Unverständnis. Ich fühle mich als Kind Gottes, als Mann bin also auch ich Sohn Gottes. Und hat sich nicht Jesus auch so verstanden ? Im NT ist der Begriff Menschensohn auch öfter gebraucht als Gottes Sohn. Die Taufformel bei Matthäus 28 soll auch später hinzugefügt worden sein !?

Auch mit der Opfertheologie, die stark von Paulus gefördert ist, habe ich Probleme. Wie kann der als gnädiger, liebender Gott bezeichnete Vater den Tod eines Menschen, (seines Sohnes?) fordern um die

Sünden aller (Milliarden) Menschen zu tilgen.

Das in jedem Gottesdienst gesprochene Glaubensbekenntnis sollte nicht angekündigt werden mit: " wir bekennen unseren christlichen Glauben" sondern "wir sprechen das Bekenntnis wie es die Menschen vor fast 1700 Jahren formuliert haben" Dann kann ich es mitsprechen in der Tradition, so wie auch die vielen alten Lieder.

Im Sonntagsblatt vom 10.5.15 stellt der Redakteur H.Frank einige unterschiedliche Meinungen zusammen, darunter auch ein kurzer Beitrag von mir. Die Vielzahl von Meinungen muss man natürlich gelten lassen, vor allem, wenn jemand von den traditionellen Glaubensvorstellungen überzeugt ist. Das aber sind ja immer weniger Menschen, entweder treten sie gleich aus oder sie zahlen noch Kirchensteuer und nutzen die kirchlichen Feste, wie Taufe, Hochzeit, Weihnachten..... Wie kann man diese Menschen erreichen?? Wie auch in anderen Beiträgen aus obigem Artikel angemahnt bietet die Kirche keine Gesprächskreise, "Bibelstunden" o.ä.

Auch vom AEE habe ich bisher wenig Glaubenserneuerung erfahren ? Oder??

Ich bin auf die Reaktionen gespannt und grüße euch herzlich

Eckart Schneider

Aus unserer LT-Klausur

Was ist der AEE, was bewegt ihn und was will er bewegen? In einer Klausur im Frauenwerk Stein im März 2015 kam das neue Leitende Team zusammen, um über ganz grundsätzliche Fragen nachzudenken. Ein Brainstorming. Auch bald ein halbes Jahrhundert nach AEE-Gründung ist das Selbstverständnis ein Thema. Bei unserer Definitionssuche gingen wir ganz systematisch vor: Wir sind eine Initiative, gewiss auch eine Gesinnungsgemeinschaft, die theologisch und ähnlich denkt. Sind wir nicht schließlich auch eine Art Kirchenpartei und ein Arbeitskreis, der parteilich, Partei ergreifend agiert? Einfluss zu gewinnen im „Machtapparat“ der Kirche und auch bei sonstigen gesellschaftspolitischen Interessengruppen ist ja ohne Zweifel ein Teil der Erfolgsgeschichte des AEE. Dann auch: Avantgarde? Ein Think-tank für die/in der Kirche, die Öffentlichkeit herstellt. Eine Bewegung, die relevante Themen in die Kirche hineinträgt.

So wichtig (und vielschichtig) wie unser Selbstverständnis ist dann auch unser Markenname, unser „Logo“, wie wir in der (kirchlichen) Öffentlichkeit heißen und bekannt sind. Das Kürzel AEE, so meinen wir, ist einigermaßen gut bekannt und eingeführt. So etwas sollte man

keinesfalls leichtfertig aufgeben und verändern. Andererseits kommt die Langform vor allem mit dem Kategorialbegriff Arbeitskreis etwas verstaubt und altbacken daher. Nicht substantiviert, sondern als Verb mit Prädikat käme „Evangelisch erneuern“ noch am ehesten zeitgemäß und eingängig daher. Als Alternativen zum Arbeitskreis fabulierten wir: Agenda, Aktion, Auftrag, Alternative (sic!), Aufrecht udgl. Vor aller Titelei geht es uns aber um Inhalte: Die konziliaren Themen (Frieden Gerechtigkeit Bewahrung der Schöpfung) stehen weiterhin obenan, ganz aktuell die Themen Flüchtlinge/ Inklusion und Klimakonferenz in Paris. Als Meta-Themen sehen wir: Die Vielfalt gestalten (was auch unser ungefähres Jahresthema 2015 sein möge), Transformation, und nicht zuletzt: die Beakerung der Friedensfrage – Entfaltung einer friedensethischen Position unter neuen Umständen und neuer Konfliktlösungsstrategien. Als kirchliche bzw theologisch-seelsorgerliche Themen beschäftigen uns: Pfarrerbild, Gemeindestrukturen, demographischer Wandel in der Kirche (mitsamt zunehmender Säkularisierung/Mitgliederschwund), „Leben und in Würde sterben lassen“, Frauenordination, Pfarrer/in in der Kommunalpolitik. Wortverkündigung und Sakramentsverwaltung für „Laien“,

Gleichheit der Dienste etc. Die Finanzen, davon konnten wir uns im „Geschäftsteil“ unserer Klausur überzeugen, sind geordnet. Die Beziehungen zu anderen Organisation (wie Evangelische Akademiker, kairos, attac, oikokredit, Eine-Welt-Netz-Bayern) müssen in Zeiten von Vernetzung, Kampagnen und Kooperationen gehegt und gepflegt werden, eine neue Internet-Präsenz ist ins Auge gefasst (nach der Idee unserer Projektseite: „Gib dem Bußtag autofrei), die große Herausforderung der Zukunft aber wird sein, neue, jüngere und auch „nicht-ordinierte“ Menschen für unsere AEE-Anliegen einzunehmen und als Mitglieder zu gewinnen. (It)

Wichtiger Termin –bitte notieren!

Jahrestagung des AEE
am 7. November 2015 im „eckstein“
Nürnberg

Mut zur Vielfalt – Inklusion gestalten

Mit Prof.Dr. Annette Scheunpflug
Mit-Autorin der Orientierungshilfe „Inklusion“ der EKD von Frühjahr 2015
10.00 Vortrag Prof.Scheunpflug
11.30 Arbeitsgruppen
14.00 Mitgliederversammlung

Tagungsbeitrag 20,- incl. Mittagessen
in Kooperation mit Stadtakademie und ea

Leitendes Team 2014–2016

Hans-Willi Büttner
Fürth, 0911-803044
hgwb@gmx.de

Dr. Karl F. Grimmer, Gemeindepfarrer
Erlangen, 09131-5316550
karlf.grimmer@online.de

Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam
Gemeindepfarrerin, Bayreuth,
0921-6080248
kapp-kleineidam@stadtkirche-bayreuth.de

Heike Komma, Religionspädagogin,
Bayreuth, 0921-596904
kirchentreff@gmx.de

Klaus Rettig, Pfarrer i.R..
Bayreuth, 0921-5074719
ck.rettig@t-online.de

Lutz Taubert, Redakteur,
München, 089-89162036
bachtaube@freenet.de

Thomas Zeitler, Pfarrer Lorenzer
Laden, Nürnberg, 0911-24469970
ladenpfarrer@gmx.de

Beate Rabenstein, Geschäftsführung,
Hermann-Löns-Str. 19,
90765 Fürth, 0911-7807204
f-b-rabenstein@gmx.de

Regionalgruppen

Nürnberg

Kontakt: Hans-Willi Büttner
hgwb@gmx, Hans-Gerhard Koch,
hgkoch@nefkom.net

Nächstes Treffen: 13.10.2015

G'haus Lutherkirche, Ingolstädter
Str. 146 - U-Bahn Hasenbuck
Thema: AEE-Friedenserklärung 2016
– ein Impuls für die Landessynode

Bayreuth

Johannes Herold 09287/6709335,
johannes.a.herold@googlemail.com
Dr.Jürgen Wolff, 0921/5606811
wolff@ebw.bayreuth.de

Nächstes Treffen:

23.1.2016, 19.30 im ebw mit
Katharina Städler: Kirche in Kuba

München / Obb / Schwaben

Gerhard Monninger 089/88983534
gerhardmonninger@web.de

Der AEE im internet unter:
www.aee-online.de

Der AEE bei Facebook unter:
www.facebook.com/AEEbayern

Die b&tk erscheinen dieses Mal noch in einer Auflagstärke von 600. Aus Kostengründen reduzieren wir bei der Ausgabe 2016/I die Auflage um eine Reihe von Einzelpersonen, die wir bisher kostenlos belieferten. Wenn Sie zu dem bisherigen „Interessentenkreis“ des aee gehören, würden wir uns überaus freuen, wenn Sie nun für den Jahresbeitrag von 30 € AEE-Mitglied werden würden und wir Ihnen wie gewohnt die aktuelle und meinungsstarke Zeitschrift des Arbeitskreis Evangelische Erneuerung 2x jährlich zusenden dürften. Die Redaktion.

Impressum: Herausgeber: Leitendes

Team des AEE – ViSdP Dr.
H.G.Koch, Fürth

Redaktion: Lutz Taubert, Martin
Kleineidam, Gerhard Monninger;
Druck: det Coburg, Auflage 600

Am Gipfel

stoßen, wie wir seit Atlas wissen, Himmel und Erde aufeinander. Er ist, mythologisch, der Grund, dass uns Erdlingen der Himmel nicht auf den Kopf fällt. Der Gipfel ist das Höchste, das die Welt zu bieten hat: Höher, weiter geht's nicht.

Freilich: Im Zeitalter des Anthropozän, in dem der Mensch die Welt prägt, wie er will, ist der Gipfel auch nicht mehr das, was er mal war. Der Mensch kann auch Gipfel verändern: Sprengen, wie es im Ersten Weltkrieg einem Dolomitenberg geschah. Modelleren wie am Mount Rushmore in South-Dacota, der das Antlitz von vier US-amerikanischen Präsidenten trägt. Man kann ihn auch, wie wir an unserem höchsten deutschen Berg, der Zugspitze, beschämt erkennen, ziemlich verunstalten und betonieren.

Nicht nur das, der Mensch kann sich selber Gipfel schaffen. Der G7-Gipfel in Ellmau! Man hat diesen G7-Gipfel inmitten des Wettersteingebirges platziert, so dass er gleichsam durch rings umher stehende Gipfel geschützt war. Vor Gipfel-Gegnern! Die hielten stattdessen einen alternativen Gipfel ab, weit weg von Ellmau, im vergleichsweise flachen München. Ach ja: Zeitgleich hatten die Protestanten ihren Protestanten-Gipfel in Stuttgart. Dieser Gipfel der 100000 Basisbewegten lag diesmal im Schatten eines höheren Gipfels von sieben Mächtigen.

Der G7-Gipfel in Ellmau fand, hier wird es mit den Wortbildern ein bisschen schwierig, gewissermaßen hinter Schloss und Riegel statt. Steine konnten ihm die Gipfelgegner, die in Stern (!)-Märschen den Gipfel bezwingen wollten, nicht in den Weg legen. Die Gipfel-Diplomatie der Sieben (ein eventueller achter Störenfried war vorsorglich ausgeschlossen worden) war atmosphärisch ungetrübt, während es die Gipfelgegner unter den Unbilden und unter „innerer Zersplitterung“ zu leiden hatten.

Zum Schluss aber hat der Gipfel, wie selbst die Gipfel-Gegner ihm neidlos und etwas erstaunt bestätigten, „geliefert“. Das „Bekentnis“ (Commitment) zur Zwei-Grad-Grenze ist das „Non plus ultra“, zu dem die Gipfeldiplomatie fähig war.

Der Gipfel also hat, im Neusprech ausgedrückt, erst gearbeitet und dann „geliefert“. In althergebrachter Metaphorik würden wir sagen, der Gipfel hat gekreißt. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob es mehr als ein Mäuslein war, was da zur Welt kam.

Lutz Taubert